

WP-04 Ein Land der Solidarität

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Für uns beginnt Solidarität mit der Überzeugung: Niemand wird in NRW allein gelassen, egal ob es um Miete, Gesundheit, Arbeit oder ein selbstbestimmtes Leben mit Behinderung geht. Wir richten unsere Politik danach aus, was Menschen wirklich brauchen, um gleichberechtigt durchs Leben zu kommen: bezahlbares Wohnen, faire Löhne, gute Gesundheitsversorgung und echte Teilhabe.

Wir wissen: Armut entsteht nicht im luftleeren Raum. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden mit darüber, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie in schwierigen Situationen aufgefangen werden. Deshalb setzen wir dort an, wo Menschen im Alltag Unterstützung am dringendsten brauchen; bei Alleinerziehenden, bei Familien mit wenig Geld, bei Menschen, die wohnungslos sind oder zu werden drohen. Und wir sorgen dafür, dass Hilfe nicht an bürokratischen Zuständigkeiten scheitert, sondern Menschen verlässlich erreicht.

Zu einem solidarischen NRW gehört bezahlbares Wohnen für alle, ob zur Miete oder im Eigentum. Dazu gehören Löhne, von denen man leben kann, und sichere Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine wohnortnahe und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Und dazu gehört Inklusion, die nicht über Menschen mit Behinderung entscheidet, sondern mit ihnen.

Wir wollen ein Land, in dem Nachbarschaften zusammenhalten, Generationen sich gegenseitig stützen und niemand mit seiner Notlage allein bleibt. Aus dieser Überzeugung heraus machen wir seit fast fünf Jahren Regierungsarbeit: Wir haben die Wohnraumförderung deutlich ausgeweitet, das Tarifentgeltsicherungsgesetz eingeführt und Kinder gezielt vor Armut geschützt. Daran wollen wir anknüpfen in den nächsten 5 Jahren: mit mehr bezahlbaren Wohnungen, einem starken sozialen Netz und verlässlicher Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Denn ein solidarisches NRW gibt allen Menschen die Chance, selbstbestimmt und in Sicherheit zu leben.

Wir sichern ein Leben ohne Armut

Armut spürbar reduzieren

Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW ist ein Land, in dem kein Mensch in Armut leben muss. Wir wollen Menschen darin stärken, selbstbestimmt Wege aus der Armut zu finden, und sie dabei verlässlich unterstützen. Armut gemeinsam zu überwinden heißt, an die Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Anstrengungen Früchte tragen können. Armut ist dabei meist kein individuelles Versagen, sondern entsteht durch Schicksalsschläge, fehlende Chancen und ungerechte Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wollen wir

38 gemeinsam mit Wohlfahrtspflege, Kommunen, Gewerkschaften und den Betroffenen
39 selbst verändern.

40 Wer mit wenig Geld lebt, weiß, wo Sozialpolitik gut wirkt und wo nicht. Trotzdem
41 werden Armutsbetroffene selten gehört. Wir schaffen eine dauerhafte zentrale
42 Struktur für Menschen mit Armutserfahrung und entwickeln landesweite Leitlinien
43 zur Beteiligung Armutsbetroffener in kommunalen Entscheidungsprozessen, die über
44 ihren Alltag vor Ort entscheiden.

45 Über Familienzentren in Kitas und Grundschulen, Frühe Hilfen und Kita-
46 Sozialarbeit wollen wir von Armut betroffene Familien auch dabei
47 niedrigschwellig unterstützen, finanzielle Hilfen zu beantragen. Insbesondere
48 Alleinerziehende, darunter meist Frauen, haben ein größeres Armutsrisiko.
49 Deshalb wollen wir sie besonders unterstützen. Die Fachstelle Alleinerziehende
50 werden wir weiter fördern.

51 Wer in eine finanzielle Notlage gerät, darf nicht allein gelassen werden. Wir
52 stehen für den Zugang zu einer kostenlosen Schuldner- und
53 Verbrauchsinsolvenzberatung aus einer Hand. Auch Menschen, die noch nicht
54 überschuldet sind, bei denen die Überschuldung aber absehbar ist, sollen beraten
55 werden können. Wir teilen die Zielsetzung des Schuldnerberatungsdienstgesetzes
56 des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue Zielgruppen geöffnet wird,
57 und wollen das Angebot entsprechend ausweiten.

58 Armut vor Ort bekämpfen: Sozialplanung und Energiearmut

59 Ob Unterstützung ankommt, entscheidet sich ganz konkret vor Ort. Wer in Armut
60 oder mit Einschränkungen lebt, hat oft nicht die Zeit, das Geld oder die
61 Mobilität für lange Wege zu Beratungsstellen. Deshalb bauen wir die landesweite
62 Unterstützung für eine integrierte kommunale Sozialplanung aus. Sie führt
63 soziale und räumliche Daten zusammen und ermöglicht den Kommunen, zielgenau zu
64 erkennen, wo Familien Unterstützung brauchen, statt wie bisher Fördermittel nach
65 dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Mit einer neuen Landesstrategie
66 "Energiearmut und Klimaanpassung" legen wir zudem das Programm „NRW bekämpft
67 Energiearmut“ neu auf. Wir wollen Nachbarschaften ermuntern, gemeinsame
68 Energieprojekte zur Kostensenkung in ihrem Wohnviertel umzusetzen. Bestehende
69 Energieberatungsangebote richten wir deshalb stärker auf Nachbarschaft und
70 Wohnviertel aus und fördern gezielt Maßnahmen, die einkommensschwache Haushalte
71 vor Hitze und steigenden Energiekosten schützen.

72 Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe
73 dafür warten kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Damit Beratungs- und
74 Förderangebote für Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem
75 Einkommen ankommen, schaffen wir niedrigschwellige Energie-Beratungsangebote in
76 der Nachbarschaft. Mit ihnen schaffen wir das Angebot von verlässlicher
77 Begleitung vor Ort, die Einspar- und Fördermöglichkeiten aufzeigt und den
78 Kontakt zu qualifizierten Fachstellen herstellt.

79 Wir wollen, dass Mieter*innen noch mehr von der Energiewende profitieren. Von
80 Landesseite fördern wir sozial ausgerichtete Mieterstromprojekte. Insbesondere
81 wollen wir dabei einkommensschwache Mieter*innen unterstützen, damit günstiger
82 Solarstrom vom eigenen Dach direkt bei den Bewohner*innen ankommt.

83 Kinder und Jugendliche vor Armut schützen

84 Wer als Kind eine Geburtstagseinladung ausschlagen muss, weil das Geld für ein
85 Geschenk fehlt, erlebt früh, was es bedeutet, nicht dazuzugehören. Armut
86 bedeutet für Kinder und Jugendliche häufig: weniger soziale Teilhabe,
87 schlechtere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten, eigene Interessen und
88 Talente zu entfalten. Armut in der Kindheit kann sich dadurch bis ins
89 Erwachsenenleben fortsetzen. Mit einer besseren Ausstattung von Programmen wie
90 "kinderstark - NRW schafft Chancen" wollen wir weiter die strukturellen Folgen
91 von Armut bekämpfen und Jugendhäuser sowie niedrigschwellige Angebote finanziell
92 und personell besser aufstellen. Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe
93 sind bei Erreichen der Volljährigkeit besonders gefährdet. Hier brauchen wir
94 ausreichend ausgestattete, gut begleitete Übergänge in ein selbstständiges Leben
95 und die Möglichkeit, auch nach einem gescheiterten Übergang unkompliziert wieder
96 Jugendhilfe zu erhalten. Wir lassen keinen jungen Menschen allein.

97 Wir machen Wohnungspolitik für alle

98 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

99 Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die
100 Miete verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am
101 Monatsende kaum noch Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet
102 den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum
103 Verkehrswert gibt Städten und Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot
104 etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale
105 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für uns die zentralen
106 Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren nicht
107 nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.

108 Die öffentliche Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren stark
109 erhöht und beispielsweise 2025 rund 2,4 Milliarden Euro Fördervolumen für
110 bezahlbares Wohnen bereitgestellt. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Mit
111 einer Bezahlbar-Wohnen-Milliarde erhöhen wir die öffentliche Wohnraumförderung
112 um zusätzlich eine Milliarde Euro pro Jahr und schaffen damit mehr bezahlbaren
113 Wohnraum für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen. Wir unterstützen
114 damit insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften vor
115 Ort. Auch in Städten mit besonders hohen Mieten wollen wir bezahlbare Wohnungen
116 für Menschen schaffen, die die Voraussetzung für eine Sozialwohnung nicht
117 erfüllen, sich gleichzeitig die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt aber
118 trotzdem kaum leisten können. Wir richten die öffentliche Wohnraumförderung noch
119 stärker auf langfristig orientierte Investitionen aus. Denn öffentliche
120 Förderung soll dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und nicht dazu beitragen,
121 Immobilien kurzfristig aufzuwerten und anschließend gewinnbringend
122 weiterzuverkaufen. Bei der Vergabe der Mittel wollen wir daher, dass diejenigen
123 bevorzugt gefördert werden, die die Immobilien langfristig selbst
124 bewirtschaften. So stärken wir die Investoren, die sich langfristig um die
125 Immobilie kümmern und verhindern, dass öffentliche Fördermittel kurzfristigen
126 spekulativen Geschäftsmodellen zugutekommen.

127 Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der
128 Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen
129 zu können. Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders
130 problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir
131 in angespannten Wohnungsmärkten, damit der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften
132 Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur Verfügung steht.

133 Wir schützen Mieter*innen zudem wirksamer vor steigenden Mieten, Verdrängung und
134 Preisspekulationen. Wir wollen die Mietpreisbremse auf mehr Städte ausweiten und
135 die Handlungsspielräume für Kappungsgrenzen und Umwandlungsschutz öffnen. So
136 sollen Kommunen dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist. Wir gehen
137 mit einer "Miet-Schutz-Offensive", gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund
138 und den Verbraucherzentralen konsequent gegen überhöhte Mieten und Abzocke vor.
139 Wir wehren uns, gegen Diskriminierung von Alleinerziehenden, Menschen mit
140 kinderreichen Familien oder Menschen mit Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

141 Mieten-Apps, die auf qualifizierten Mietspiegeln basieren, machen Mietpreise
142 transparenter und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen.
143 Wir wollen einen digitalen Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die
144 ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung anzeigt und Mietwucher transparent
145 macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen
146 und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche Miethöhe
147 angemessen und rechtlich zulässig ist.

148 Für viele Menschen ist Wohneigentum weit mehr als nur ein Ort zum Wohnen – es
149 steht für Freiheit, Selbstverwirklichung und Sicherheit. Doch inzwischen ist der
150 Traum vom Wohneigentum für weite Teile der Gesellschaft, gerade für junge
151 Menschen, völlig unerreichbar. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen
152 mehr Menschen ermöglichen, sich den Wunsch nach den eigenen vier Wänden zu
153 erfüllen. Dafür entwickeln wir die Eigentumsförderung des Landes weiter. Wir
154 nehmen insbesondere die finanziellen Hürden beim Erwerb selbstgenutzten
155 Wohneigentums in den Blick und stärken den Erwerb und die Sanierung bestehender
156 Immobilien.

157 Wir setzen Eigentumsförderung gezielt dort ein, wo sie bezahlbares Wohnen und im
158 ländlichen Raum die Entwicklung der Ortskerne stärkt. So ermöglichen wir
159 Eigentum, beleben bestehende Viertel und Dörfer und verbinden bezahlbares Wohnen
160 mit Klimaschutz und einem sparsamen Umgang mit Fläche.

161 Bezahlbarer Wohnraum muss auch zu unterschiedlichen Lebenssituationen passen.
162 Deshalb brauchen wir mehr kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte ebenso wie
163 ausreichend große, bezahlbare Wohnungen für Familien und mehr barrierefreien und
164 altersgerechten Wohnraum.

165 Wohnungs- und Obdachlosigkeit entschlossen bekämpfen

166 Immer mehr Menschen in NRW sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen
167 weiterhin das gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und
168 Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und wollen alle Hebel auf Landesebene
169 dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte Housing-First-Konzept
170 flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie „Endlich
171 ein ZUHAUSE!“.

172 Jede neue Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern
173 auch eine langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Deshalb
174 sorgen wir für eine frühzeitigere Informierung der Wohnungsfachstellen bei
175 drohendem Wohnraumverlust.

176 Für wohnungslose junge Menschen und Frauen braucht es den Ausbau gezielter
177 Angebote, die ein sicheres Zuhause als Grundlage schaffen, um wieder Stabilität,
178 Perspektiven und Selbstständigkeit zu gewinnen.

179 Nachbarschaften, die zusammenhalten

180 Ein gutes Zuhause ist mehr als eine Wohnung: Es ist auch die Nachbarschaft, in
181 der man sich kennt, aushilft und zusammen älter wird. Deshalb wollen wir
182 gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen erleichtern. Wir
183 passen das Baurecht besser an ihre Bedürfnisse an und unterstützen Kommunen
184 dabei, geeignete Flächen auch für Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften und
185 andere gemeinschaftliche Wohnprojekte zu nutzen. Gemeinsam mit Genossenschaften
186 und sozialen Trägern wollen wir bestehende Hürden bei Planung und Umsetzung
187 abbauen. So wird Wohnraum effizienter genutzt, sinken die Kosten für die
188 Einzelnen, und es entstehen soziale Netze, die soziale Isolation abbauen und den
189 Zusammenhalt zwischen den Generationen im Alltag stärken.

190 Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und
191 gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir
192 Kommunen bei der Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe
193 Begegnungs- und Beratungsangebote, gut erreichbare Dienstleistungen und die
194 aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds
195 ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu leben.

196 Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit 197 ein

198 Tarifbindung stärken

199 Gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen werden am besten von starken
200 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhandelt. Daher unterstützen wir
201 regionale und branchenspezifische Dialoge der beiden Tarifpartner. Klar ist: Wer
202 für das Land NRW Aufträge erfüllt, sollte seine Beschäftigten anständig
203 bezahlen. Mit dem Tarifentgeltsicherungsgesetz haben wir deshalb bei
204 öffentlichen Aufträgen in NRW dafür gesorgt, dass dort künftig Tarifentgelte zum
205 Maßstab werden. Damit stärken wir faire Löhne und schützen tarifgebundene
206 Unternehmen vor einem Wettbewerb, der auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen
207 wird. Wir wollen hier nicht stehen bleiben und regelmäßig überprüfen, ob das
208 Gesetz wirksam ist. Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung, wie etwa
209 Reinigung und Pförtnerdienste, werden wir nicht weiter outsourcen.

210 Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften,
211 Arbeitgeberverbänden und Landesregierung und erarbeiten gemeinsam mit ihnen
212 einen landesweiten Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung. Wir unterstützen
213 Allgemeinverbindlichkeitserklärungen gerade in Branchen mit geringer
214 Tarifbindung und hohem Unterbietungsdruck durch Branchendialoge und eine bessere

215 Datengrundlage , und setzen uns auf Bundesebene für den Abbau rechtlicher Hürden
216 dafür ein. Tarifbindung und Mitbestimmung sollen künftig auch bei
217 Wirtschaftsförderung, Bürgschaften und Transformationsmitteln eine Rolle
218 spielen.

219 Mitbestimmung stärken, prekäre Arbeit zurückdrängen

220 Die Behinderung von Betriebsratsgründungen und Betriebsratsarbeit ist kein
221 Kavaliersdelikt und muss konsequent verfolgt werden. Deshalb bauen wir die
222 Beratung für Betriebsratsgründungen und die Technologieberatungsstelle NRW aus.
223 Besonders in der Paketbranche, bei Lieferdiensten oder in Teilen der Kosmetik-
224 und Beautybranche wollen wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen.
225 Missbräuchliche Ketten aus Werkverträgen und Subunternehmen dürfen nicht länger
226 dazu genutzt werden, Verantwortung für faire Löhne, Arbeitszeiten und
227 Arbeitsschutz zu umgehen. Unser Ziel ist reguläre, tarifgebundene Beschäftigung
228 statt undurchsichtiger Ketten.

229 Arbeitsschutz-Mindeststandards müssen für alle, die in NRW arbeiten, gelten,
230 auch für EU-Arbeitnehmer*innen auf den Feldern, in Fleischbetrieben oder in der
231 Logistik. Wir stärken den Arbeitsschutz und unterstützen die Einrichtungen der
232 fairen Mobilität.

233 Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

234 Arbeitspolitik wollen wir stärker mit psychischer Gesundheit verbinden und
235 psychische Belastungen systematischer in den Arbeitsschutz einbeziehen. Dazu
236 gehören Prävention und Entstigmatisierung sowie eine bessere Beratung für
237 Beschäftigte und Betriebe. Betriebliches Eingliederungsmanagement,
238 Beratungsangebote zu gesunder Arbeit und die Rückkehr nach längeren Erkrankungen
239 sollen verbessert werden, um Beschäftigte bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz
240 besser zu begleiten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der
241 Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen unterstützt werden.

242 Wir stärken Gesundheit und Pflege für alle 243 Generationen

244 Gesundheitschancen für alle – gerecht von Anfang an

245 Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und entscheidet über
246 Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Armut macht krank und Krankheit macht arm.
247 Menschen in benachteiligten Lebenslagen erkranken häufiger, leben oft kürzer und
248 haben schlechteren Zugang zu Prävention und Versorgung. Deshalb wollen wir eine
249 barrierefreie, diskriminierungssensible und wohnortnahe Gesundheitsversorgung
250 sichern, bauen Sprachmittlung aus und fördern verständliche
251 Gesundheitsinformationen. Weil Diagnostik und Therapie noch immer zu oft am
252 männlichen „Normkörper“ ausgerichtet sind, bauen wir den Gender Health Gap
253 konsequent ab, fördern Frauengesundheit in Forschung und Versorgung und sichern
254 einen verlässlichen, wohnortnahen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung.
255 Den Zugang zu HIV-Tests sowie zu PrEP und PEP wollen wir spürbar verbessern,
256 unter anderem durch mehr kostenlose Testangebote. Gemeinsam mit den Akteur*innen

257 im Gesundheitswesen stärken wir zudem die Diversitäts- und
258 Antidiskriminierungskompetenz in Aus-, Fort- und Weiterbildung und bauen
259 kultursensible, barrierefreie Versorgungsangebote aus.

260 Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt,
261 meist von Angehörigen. Bis 2050 wird laut Modellrechnung des Statistischen
262 Landesamts jede zehnte Person in NRW pflegebedürftig sein. Besonders belastet
263 sind Alleinerziehende mit Pflegeverantwortung, Eltern von Kindern mit
264 Behinderung oder chronischer Erkrankung. Wir wollen ihre Lebensrealität
265 verbessern.

266 Gesund aufwachsen: 1.000 Tage für einen guten Start

267 Den Grundstein für ein gesundes Leben legen wir in den ersten Lebensjahren. Mit
268 einem neuen Projekt „Willkommen NRW-Babys – 1.000 Tage für einen gesunden Start
269 ins Leben“ schaffen wir eine landesweite Präventionskette von der
270 Schwangerschaft bis zum zweiten Geburtstag und beziehen dabei bewährte Programme
271 wie “Elternstart NRW” ein. Gesundheits-Lots*innen begleiten Familien von Anfang
272 an, vermitteln passgenaue Unterstützung und vernetzen Hebammen, Kinder- und
273 Jugendärzt*innen, Frühe Hilfen und Beratungsstellen. Zugleich stärken wir die
274 Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, bauen Präventions-
275 und Beratungsangebote in Kitas und Schulen aus und nutzen die Ergebnisse der
276 Schuleingangsuntersuchungen gezielt dort, wo Kinder besonders häufig von Armut
277 und gesundheitlichen Belastungen betroffen sind.

278 Sichere Geburtshilfe und Versorgung von Schwangeren und 279 Familien

280 Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme
281 denkt laut Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege,
282 Personalmangel und fehlende Eins-zu-Eins-Betreuung stehen einer sicheren und
283 selbstbestimmten Geburt entgegen. So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt,
284 deren gesundheitliche Folgen häufig lebenslang bestehen bleiben und
285 gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.

286 Besonders freiberufliche Hebammen werden zusätzlich durch hohe Kosten für die
287 Berufshaftpflicht aus dem Beruf gedrängt. Die Folgen zeigen sich unmittelbar in
288 der Versorgungsrealität: Kreißsaalschließungen gefährden gerade im ländlichen
289 Raum die Versorgungssicherheit von Schwangeren und Familien. Wir setzen uns
290 deshalb dafür ein, die Erreichbarkeit und Qualität von Geburtsstationen zu
291 sichern und Hebammen-Kreißsäle zu verstetigen. Um Hebammen im Beruf zu halten
292 und neue Hebammen zu gewinnen sind bessere Arbeitsbedingungen, faire Vergütung
293 und verlässliche Strukturen nötig. Die physische und psychische Gesundheit von
294 Gebärenden gehört ins Zentrum einer respektvollen und bedarfsgerechten
295 Gesundheitsversorgung.

296 Sichere Schwangerschaftsabbrüche und eine 297 geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

298 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht und eine zentrale
299 Voraussetzung für gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Teilhabe.

300 Deshalb wollen wir den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung in ganz NRW
301 verlässlich sichern. Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah,
302 niedrigschwellig und ohne Stigmatisierung Teil der regulären medizinischen
303 Versorgung sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen Zugang zu einer
304 sicheren medizinischen Versorgung erhalten. Deshalb wollen wir bestehende
305 Versorgungslücken schließen und sicherstellen, dass reproduktive
306 Gesundheitsversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung flächendeckend
307 berücksichtigt wird. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Kenntnisse über
308 Schwangerschaftsabbrüche verbindlich in der gynäkologischen Aus- und
309 Weiterbildung verankert werden.

310 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung endet jedoch nicht bei der
311 reproduktiven Gesundheit. Frauen müssen in allen Bereichen des Gesundheitswesens
312 die Versorgung erhalten, die ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb wollen wir
313 Geschlechterunterschiede in Diagnostik, Behandlung und medizinischer Versorgung
314 stärker berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen. Die Angebote für
315 Endometriose-Betroffene wollen wir ausbauen. Auch die Wechseljahre gehören
316 selbstverständlich zu einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Noch
317 immer werden Beschwerden nicht ausreichend erkannt und Betroffene finden nicht
318 überall die Beratung und Behandlung, die sie benötigen. Wir wollen deshalb das
319 Wissen über alle Phasen der Wechseljahre in der medizinischen Versorgung
320 stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter
321 Beratung und Behandlung verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre
322 weiter enttabuisieren und auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein
323 rücken. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen Frauen unabhängig
324 von Alter, Herkunft, Behinderung oder Lebensrealität einen gleichberechtigten
325 Zugang zu medizinischer Versorgung und gesundheitlicher Selbstbestimmung
326 ermöglicht.

327 Psychische Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein

328 Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Grundlage für Lebensqualität,
329 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb behandeln wir sie als
330 Querschnittsaufgabe und wollen psychischen Belastungen möglichst früh begegnen.
331 Unser Ziel ist es, Prävention, Früherkennung sowie wohnortnahe und
332 niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote auszubauen, damit
333 Menschen frühzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

334 Dabei müssen Angebote die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen
335 berücksichtigen: Wir wollen mehrsprachige und kultursensible Zugänge stärken,
336 Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen und inklusive Angebote der
337 psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung sicherstellen. Menschen mit
338 Fluchterfahrung brauchen zudem gezielte und niedrigschwellige
339 Unterstützungsangebote.

340 Kein Kind und kein junger Mensch darf mit seelischen Belastungen allein gelassen
341 werden. Kinder und Jugendliche brauchen frühzeitig und unkompliziert dort
342 Unterstützung, wo sie leben, lernen und ihren Alltag verbringen. Dabei braucht
343 nicht jede psychische Belastung sofort eine umfassende Psychotherapie. Deshalb
344 wollen wir Psychotherapie neu denken, zusätzliche niedrigschwellige Angebote
345 schaffen und die Prävention deutlich stärken. Gleichzeitig fördern wir die
346 interdisziplinäre Zusammenarbeit, damit Psychotherapie, Jugendhilfe und

347 Sozialarbeit enger zusammenarbeiten und Hilfen besser aufeinander abgestimmt
348 werden.

349 Wir fördern niedrigschwellige Beratungsangebote und Peer-Beratung an Schulen,
350 Hochschulen, in der Arbeitswelt, in den Quartieren, der Suchthilfe und bei der
351 Einsamkeitsprävention. Darüber hinaus wollen wir innovative Versorgungs- und
352 Behandlungskonzepte erproben und wissenschaftlich begleiten. So gewinnen wir
353 Erkenntnisse darüber, wie psychotherapeutische und psychosoziale Hilfen künftig
354 schneller, bedarfsgerechter und besser miteinander verzahnt angeboten werden
355 können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender Einsamkeit
356 unter jungen Menschen prüfen wir zudem die Einrichtung niedrigschwelliger
357 psychotherapeutischer und psychosozialer Ambulanzen.

358 Einsamkeit kann gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den Zusammenhalt
359 schwächen. Deshalb wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen einander
360 begegnen, Gemeinschaft erleben und Unterstützung finden können. In unseren
361 Städten und Gemeinden sollen offene Begegnungsangebote für alle Generationen
362 entstehen. Besonders wichtig ist uns, Kinder und Jugendliche frühzeitig vor
363 sozialer Isolation zu schützen und ihnen Räume für Austausch, Zugehörigkeit und
364 gemeinsames Erleben zu eröffnen.

365 Kinder- und Jugendmedizin neu denken und besser aufstellen

366 Kinder und Jugendliche werden im Gesundheitssystem seit Jahren systematisch
367 benachteiligt, obwohl Investitionen in ihre Gesundheit auch volkswirtschaftlich
368 sinnvoll sind. Wir wollen Gesundheitsfachpersonen stärker im Lebensumfeld von
369 Kindern verankern, die Zusammenarbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit
370 KITAS und Schulen ausbauen, die Kinderkrankenpflege durch gezielte
371 Ausbildungsförderung unterstützen und über telemedizinische Vorschaltangebote
372 die Fehlinanspruchnahme von Notfallstrukturen reduzieren. Auch Prävention
373 beginnt früh: Wir bauen Information, Wissensvermittlung und Beratungsangebote
374 für Jugendliche zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Drogen konsequent aus.
375 Denn wer Risiken kennt, Warnsignale früh erkennt und weiß, wo es vertrauliche
376 Unterstützung gibt, kann selbstbestimmter und verantwortungsvoller mit der
377 eigenen Gesundheit umgehen. Prävention soll deshalb niedrigschwellig,
378 altersgerecht und nah an der Lebenswelt junger Menschen stattfinden.

379 Sucht- und Drogenpolitik ohne Kriminalisierung

380 Drogen wie Fentanyl, Crack und andere Substanzen zerstören Leben. Ein Ausstieg
381 funktioniert aber nur, wenn die betroffenen Menschen diesen auch wollen. Eine
382 moderne Sucht- und Drogenpolitik setzt deshalb so weit wie möglich auf
383 Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf und hilft suchtkranken Menschen dabei,
384 Schäden durch riskanten Konsum zu verringern. Bei dieser Arbeit unterstützen wir
385 die Kommunen und ihre bestehenden Angebote, um Menschen mit ihrem Konsumdruck
386 nicht in lebensbedrohliche Lagen zu bringen. Die zielgruppenspezifischen
387 Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bauen wir aus. Damit wollen wir der
388 Ausbreitung neuer Substanzen, wie Fentanyl und Crack, und damit einhergehenden
389 Herausforderungen begegnen.

390 Wir setzen uns dafür ein, dass es in NRW Modellkommunen nach dem Züricher Modell
391 geben wird. Prävention, Therapie, Schadensminderung und konsequentes Vorgehen

392 gegen den illegalen Drogenhandel müssen zusammengedacht werden. Menschen mit
393 Suchterkrankungen brauchen Hilfe statt Ausgrenzung, zugleich wollen wir offene
394 Drogenszenen verhindern und den öffentlichen Raum schützen.

395 Glücksspiel kann süchtig machen und Existenzen zerstören. Indem wir
396 Zahlungsströme und den Zugang zu illegalen Online-Angeboten unterbinden,
397 bekämpfen wir wirksam illegales Glücksspiel im analogen wie im digitalen Raum.
398 Bei der Regulierung des legalen Marktes setzen wir auf Spieler*innen- und
399 Jugendschutz, mit einem Verbot für Glücksspielwerbung, Glücksspiel-Streams und
400 Glücksspielmechanismen in Videospielen. Gezielte Werbung bei Risikogruppen
401 unterbinden wir wirksam.

402 Auch neuere Erscheinungsformen der Sucht, wie zum Beispiel Online- und Gaming-
403 Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, sind
404 besorgniserregend. Jugend-, Suchthilfe und das Gesundheitssystem müssen dafür
405 zielgruppengerecht zusammenarbeiten und Betroffene wie Angehörige einbeziehen;
406 Therapieübergänge wollen wir spürbar verbessern. Rechtlichen Entwicklungen im
407 Gaming-Sektor begegnen wir bei Bedarf mit gezielten Aufklärungskampagnen.

408 Die richtige Versorgung am richtigen Ort

409 Mit der Krankenhausplanung haben wir die Versorgung in NRW grundlegend neu
410 aufgestellt. Diesen Weg gehen wir weiter: Eine verlässliche Grund- und
411 Notfallversorgung muss für die Menschen wohnortnah erreichbar bleiben, während
412 spezialisierte Leistungen dort gebündelt werden, wo die notwendige Erfahrung,
413 Qualität und Ausstattung vorhanden sind. Dabei richten wir die
414 Krankenhausplanung am tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf aus und
415 entwickeln die Standorte gemeinsam mit der ambulanten Versorgung weiter. Wir
416 investieren weiter in die Modernisierung unserer Krankenhäuser und sorgen dafür,
417 dass sie ihren Versorgungsauftrag auch angesichts des demografischen Wandels und
418 des Fachkräftemangels zuverlässig erfüllen können. Dabei denken wir ambulante
419 Versorgung, Rettungsdienst und Krankenhäuser stärker zusammen und sorgen für
420 verlässliche Übergänge zwischen Prävention, Behandlung und Nachsorge.

421 Wer im Notfall den Notruf wählt, muss sich darauf verlassen können, dass schnell
422 die richtige Hilfe kommt. Dafür entwickeln wir das Rettungsgesetz weiter,
423 erarbeiten mit den Kommunen eine landesweit einheitliche
424 Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der Luftrettung und setzen uns beim
425 Bund dafür ein, dass alle Leistungen des Rettungsdienstes als
426 Gesundheitsleistungen über die Krankenkassen abgerechnet werden können, damit
427 Menschen, wo fachlich vertretbar, vor Ort versorgt werden und ein
428 Krankenhausaufenthalt vermieden werden kann.

429 Ein gutes Gesundheitssystem orientiert sich an den Menschen, nicht an
430 Zuständigkeiten. Deshalb soll jede*r Bürger*in eine Hausarztpraxis oder ein
431 Primärversorgungszentrum haben, das die gesundheitliche Begleitung über alle
432 Lebensphasen übernimmt. Wir fördern multiprofessionelle
433 Primärversorgungszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegefachpersonen, Community
434 Health Nurses, Therapeut*innen, Hebammen und Apotheker*innen Hand in Hand
435 arbeiten. Wir bauen Telemedizin und regionale Gesundheitsnetzwerke aus und
436 stärken Gesundheitsregionen, die Kommunen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst,
437 Krankenhäuser und niedergelassene Gesundheitsberufe besser vernetzen. So

438 vermeiden wir unnötige Krankenhausaufenthalte und sorgen dafür, dass Menschen
439 schneller die passende Behandlung erhalten.

440 Pflege stärken, Leiharbeit fair regulieren

441 Nur 30 Prozent der Pflegekräfte können sich vorstellen, ihren Beruf bis zur
442 Rente auszuüben. Obwohl das Tarifniveau in der Pflege in NRW bundesweit am
443 höchsten ist, bleiben die Lohnunterschiede zwischen Menschen in Leiharbeit und
444 direkt Angestellten hoch. Wir fordern, den Korridor für übertarifliche Bezahlung
445 in der Refinanzierung auf 15 Prozent zu erhöhen und Nacht- und
446 Wochenendzuschläge steuer- und abgabenfrei zu stellen. Die Vorteile von
447 Leiharbeit – wie ein flexiblerer und selbstbestimmterer Arbeitseinsatz – können
448 auch im Regelsystem erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an
449 Leiharbeit durch Pflegepools, eine verbindliche und quartiersorientierte
450 Pflegebedarfsplanung sowie mehr ambulante und wohnortnahe Pflegeangebote
451 reduzieren. Wo Leiharbeit dennoch notwendig ist, um kurzfristige
452 Personalengpässe aufzufangen, wollen wir sie zum Beispiel durch ein Verbot
453 aggressiver Abwerbekampagnen, Zertifizierungspflichten und einrichtungsbezogene
454 Obergrenzen stärker regulieren.

455 Gesund älter werden – selbstbestimmt bis ins hohe Alter

456 Gute Gesundheits- und Pflegepolitik beginnt lange vor dem Beginn von
457 Pflegebedürftigkeit. Wir investieren in kommunale Präventionsangebote,
458 Bewegungsförderung und Sturzprävention sowie die Vernetzung von Reha-Angeboten
459 mit der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Wir fördern
460 altersgerechte Quartiere mit kurzen Wegen, barrierefreien Angeboten und
461 Begegnungsorten, stärken Wohnberatung und diversitätssensible Pflege und bauen
462 demenzfreundliche Kommunen sowie regionale Demenznetzwerke aus. Wir denken
463 Bewegung und Gesundheitsförderung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung mit
464 und schaffen insbesondere für ältere Menschen mehr niedrigschwellige Bewegungs-
465 und Trainingsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Nachbarschaftstreffs und
466 Mehrgenerationenorte wirken zugleich der Einsamkeit entgegen, die als ernst zu
467 nehmendes Gesundheitsrisiko gilt.

468 Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

469 Digitalisierung, Forschung und neue Technologien eröffnen enorme Chancen, wenn
470 sie den Menschen dienen. Wir unterstützen Krankenhäuser, Gesundheitsämter und
471 weitere landesgeförderte Einrichtungen dabei, interoperable, barrierefreie und
472 datenschutzkonforme digitale Verfahren einzuführen, fördern digitale
473 Modellprojekte und telemedizinische Netzwerke und setzen uns auf Bundesebene für
474 eine nutzerfreundliche elektronische Patientenakte ein. Wir wollen NRW zum
475 Vorreiter für einen verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz im
476 Gesundheitswesen machen und dafür eine KI-Strategie entwickeln, die Forschung,
477 Versorgung und Gesundheitswirtschaft zusammenbringt und den konkreten Nutzen für
478 Patient*innen und Beschäftigte in den Mittelpunkt stellt. Künstliche Intelligenz
479 kann Diagnostik, Therapie und Forschung unterstützen, ersetzt aber nicht die
480 Verantwortung medizinischer Fachkräfte. Ihr Einsatz muss transparent,
481 nachvollziehbar und diskriminierungsfrei bleiben. Wir fördern die Zusammenarbeit

482 von Hochschulen, Krankenhäusern, Gesundheitswirtschaft und Start-ups, damit
483 Innovationen schneller in die Versorgung gelangen.

484 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

485 Wir unterstützen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen, den
486 Rettungsdienst und den Öffentlichen Gesundheitsdienst dabei, sich mit
487 Hitzeschutzkonzepten, Hitzewarnketten, klimaresilienten Gebäuden und
488 Notfallplänen besser auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Green
489 Hospitals sollen zu einem festen Bestandteil der Krankenhausentwicklung in NRW
490 werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Kühl- und Hitzeschutzmaßnahmen für
491 Patient*innen und Beschäftigte, Klimaanlage, energieeffiziente Gebäude,
492 Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dachflächen, Batteriespeicher, nachhaltige
493 Beschaffung und ressourcenschonende Prozesse. Von der Bundesregierung fordern
494 wir, endlich für mehr Hitzeschutz und die notwendigen Voraussetzungen für
495 Klimaanlage in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu sorgen. So investieren
496 wir in den Klimaschutz, senken langfristig Betriebskosten und sorgen dafür, dass
497 Krankenhäuser auch bei Hitzewellen und anderen Krisen leistungsfähig bleiben.

498 Gleichzeitig bauen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter aus und
499 verbessern Krisen- und Notfallpläne, damit unser Gesundheitswesen auch in
500 künftigen Pandemien und anderen Krisen handlungsfähig bleibt.

501 Wir bauen Inklusion und Teilhabe aus

502 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, sowie
503 Neurodivergente selbstbestimmt und selbstverständlich mitten in unserer
504 Gesellschaft leben können. Dass sie lernen und arbeiten können, wo andere es
505 auch tun, dass sie verstanden werden und dazugehören – und dass sie selbst
506 entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten. Das ist für uns Inklusion.
507 Daher setzen wir uns entschlossen für die Umsetzung der UN-
508 Behindertenrechtskonvention in NRW ein. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts
509 über uns ohne uns“: Wer über die Belange von Menschen mit Behinderungen
510 entscheidet, muss sie von Anfang an einbeziehen, statt nur über sie zu sprechen.

511 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte
512 Initiative zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der
513 Eingliederungshilfe endlich umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser
514 Entlastung, damit Länder und Kommunen bei den steigenden Kosten nicht allein
515 gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-, Kosten- und
516 Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter.

517 Wir wollen das Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose gerechter machen
518 und die Leistungen konsequenter an den tatsächlichen Mehrbedarfen ausrichten.
519 Zugleich wollen wir die Rechte auf barrierefreie Kommunikation und Information
520 stärken. Denn wer Informationen nicht verstehen oder erreichen kann, wird von
521 gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

522 Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des
523 Fachkräftemangels wirtschaftlich klug. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie
524 schafft Selbstständigkeit und Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen
525 offenstehen. Dafür spielen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine

526 wichtige Rolle. So wird durch den „NRW-Weg“ in NRW als einzigem Bundesland
527 Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und sehr hohen
528 Assistenzbedarfen als Werkstattbeschäftigte eine Teilhabe am Arbeitsmarkt
529 ermöglicht.

530 Der aktuelle Teilhabebericht zeigt positive Entwicklungen, aber auch, dass der
531 Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in
532 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausbaufähig ist. Wir bauen
533 Inklusionsbetriebe aus, verbessern Übergänge in reguläre Beschäftigung und
534 fordern von der Bundesregierung, den Prozess zur fairen Entlohnung von
535 Werkstattbeschäftigten zügig und verlässlich finanziert fortzusetzen.

536 Inklusionspolitik muss sich an konkreten Fortschritten messen lassen. Auch das
537 Land selbst muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das neu eingeführte Fünf-
538 Prozent-Ziel bei Neueinstellungen von schwerbehinderten und ihnen
539 gleichgestellten Menschen in der Landesverwaltung wollen wir weiter verfolgen
540 und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen sowie die Landesverwaltung
541 stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.